



## Breites Bündnis lanciert Doppelinitiative für bezahlbare Wohnungen in der Stadt Biel

**19.02.2026 – Ein breites Bündnis lancierte heute an einer Pressekonferenz zwei kommunale Volksinitiativen für bezahlbare Wohnungen in der Stadt Biel. Mit den Initiativen sollen deutlich mehr bezahlbare Wohnungen für die Bieler Bevölkerung entstehen, die Immobilienspekulation bekämpft und der Mietanstieg gestoppt werden.**

In der Stadt Biel sind die Mieten für 4-Zimmer-Wohnungen gemäss Zahlen des Bundesamts für Statistik in den letzten 5 Jahren stärker angestiegen als in Zürich oder Lausanne. Geht dieser Trend so weiter, wird eine Familienwohnung in 15 Jahren in Biel gleich viel kosten wie heute in Lausanne. Um diesen Trend zu stoppen, hat heute ein breites Bündnis aus SP, PSR, Grünen, weiteren linken Parteien, Genossenschaften, Mieter:innenverband, Gewerkschaften und weiteren Organisationen zwei kommunale Volksinitiativen für bezahlbaren Wohnraum lanciert: die Wohninitiative und die Mietinitiative.

Die Wohninitiative fordert, bis 2055 den Anteil an gemeinnützigen Wohnungen auf 25% und den Anteil an städtischen Wohnungen auf 5% zu erhöhen. Um diese Ziele zu erreichen, sieht die Initiative drei Massnahmen vor: Erstens soll der Boden für die Wohnnutzung im Besitz der Stadt Biel bleiben. Zweitens sollen auf öffentlichem Boden in Wohnzonen ausschliesslich gemeinnützige oder städtische Wohnungen entstehen. Ein zentraler Hebel für mehr Wohnraum, der zur Kostenmiete angeboten wird und damit langfristig bezahlbar bleibt. Drittens soll die Stadt Biel nach dem Vorbild der Stadt Bern einen Boden- und Wohnbaufonds schaffen. Damit soll die Stadt Boden und Wohnungen kaufen und so der Spekulation entziehen sowie neue Wohnungen bauen, die langfristig bezahlbar bleiben.

Während die Massnahmen der Wohninitiative die Nutzung des öffentlichen Bodens steuert, zielt die Mietinitiative auf den privaten Boden ab. Die Mietinitiative fordert, dass bei Um- oder Einzonungen künftig einen Anteil von 1/3 an preisgünstigen oder gemeinnützigen Wohnungen vorgeschrieben werden. Damit soll sichergestellt werden, dass künftig auch bei grösseren privaten Überbauungen nicht nur teure Wohnungen, sondern ebenfalls bezahlbarer Wohnraum entsteht. Die Stadt Bern hat nach einer erfolgreichen Volksabstimmung und Bestätigung des Bundesgerichts eine entsprechende Regelung vor einigen Jahren erfolgreich eingeführt.

Nach der Lancierung hat das Initiativkomitee sechs Monate Zeit, um für beide Initiativen je 2'000 Unterschriften zu sammeln. Danach haben die Stimmberechtigten das letzte Wort über die Anliegen.

